

CDU Fraktion,
SPD Fraktion,
Fraktion Bündnis90 Die Grünen,
FDP/KBB Fraktion
in der Bezirksvertretung des Stadtbezirks Rodenkirchen

Gleichlautend

Frau Bezirksbürgermeisterin
Monika Roß-Belkner
Hauptstraße 85
50969 Köln

Herrn Oberbürgermeister
Fritz Schramma
Hist. Rathaus
50667 Köln

02.03.2008

Dringlichkeitsantrag aller Fraktionen zur Sitzung der Bezirksvertretung Rodenkirchen
am 03.03.2008
hier: Kein Abbau von Personal im Bereich der Sozial- und Wohnungsverwaltung im
Bezirksrathaus Rodenkirchen

Sehr geehrte Frau Bezirksbürgermeisterin, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP bitten, den folgenden
Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung der Sitzung der Bezirksvertretung am 03.03.2008
zu setzen:

Die Verwaltung wird dringend gebeten, die offenbar bereits in Kürze vorgesehenen
Zentralisierungen im Sozialbereich des Bezirksrathauses Rodenkirchen, von dem insbesondere
die Bereiche Grundsicherung und Wohngeld betroffen sind, zumindest so lange auszusetzen,
bis die in Planung befindliche Neuorganisation der bezirklichen Dienstleistungen feststeht und
in Kraft tritt. Dabei muss gewährleistet bleiben, dass insbesondere die in ihrer Mobilität
eingeschränkten Kunden des Sozial- bzw. Wohnungsamtes dieselbe Qualität der
Serviceleistungen wie bisher erhalten können. Über die Frage einer Reduzierung des vor Ort
präsenten Personals bzw. der Öffnungszeiten der genannten Bereiche im Bezirksrathaus
Rodenkirchen soll erst nach der Stellungnahme der Bezirksvertretung zum neuen bezirklichen
Dienstleistungskonzept entschieden werden. Der AVR wird gebeten, dieses Begehren der
Bezirksvertretung gegenüber der Verwaltung zu unterstützen.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Pläne zum Abbau von Personalstellen im Bereich des Sozialamtes bzw. des
Wohnungsamtes des Bezirksrathauses Rodenkirchen sind erst kürzlich bekannt geworden.
Sie sollen ohne Berücksichtigung des in Planung befindlichen Konzeptes zur Optimierung
der bezirklichen Dienstleistungen vorab umgesetzt werden. Damit sollen Fakten geschaffen
werden, die die neuen Planungen gefährden können.

Durch diese Pläne zum Personalabbau im Bezirksrathaus Rodenkirchen werden die Kunden des Sozialamtes und des Wohnungsamtes, die in besonderer Weise auf ortsnahe und persönliche Dienstleistungen angewiesen sind, wozu zahlreiche sozial schwache und in ihrer Mobilität eingeschränkte Bürgerinnen und Bürger gehören, besonders benachteiligt. Daher sollen die geplanten Personalmaßnahmen zumindest so lange ausgesetzt werden, bis das vom Rat beauftragte neue Konzept zur Optimierung dezentraler Dienstleistungen in den Bezirksrathäusern feststeht und die Bezirksvertretung Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten hat.

Dr. Baumeister

v. Dreusche

Giesen

Daniel